

4. PiA-Politik-Treffen am 23.09.2013 in Berlin:

PiA-Politik 2.0: „Was können *Wir* konstruktiv zum Reformprozess beitragen?“

Organisation: Dipl.-Psych. Peter Freytag (VPP), Dipl.-Psych. Ariane Heeper (DGPT), Dipl.-Soz.-Päd. Ariadne Sartorius (bvvp), Dipl.-Psych. Ricarda Müller, Dipl.-Psych., Mag. rer. nat. Manuel Becker, Dipl.-Psych. Katharina Simons (PfgB), Dipl.-Psych. Kerstin Sude (DPTV)

Moderation: Dipl.-Psych. Britta Pfennig

Protokoll: Dipl.-Psych. Norman Marko

Einleitung

Der Verlauf der bisherigen PiA-Politik-Treffen weist eine spannende Entwicklung auf. Auf dem **1.** PiA-Politik-Treffen (PPT) bildete sich eine über Verbände- und Verfahrensinteressen hinausgehende gemeinsame Arbeitsbasis der PiA auf Bundesebene. Mit der Verabschiedung der „Berliner Agenda Psychotherapieausbildung“ konnte eine erste gemeinsame Themengrundlage geschaffen werden. Mit dem **2.** PPT erweiterte sich der Kreis der unterstützenden psychotherapeutischen Berufs- und Fachverbände. Es wurden bundesweite Aktionen geplant und durchgeführt, um auf die prekäre Ausbildungssituation der PiA aufmerksam zu machen. Das darauffolgende **3.** PPT stand darauffolgend unter dem Fokus einer Hinwendung zu politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern und der Aufrechterhaltung überregionaler Aktionen. Nun auf dem **4.** PPT, welches am 23.09 in Berlin stattfand, hat sich gezeigt, dass unsere Anliegen angekommen sind: Bundesweit bei interessierten PiA, den Verbänden und der Fachöffentlichkeit, in den Medien und nicht zuletzt bei den Entscheidungsträgern in Bundesministerien und Parlament. Die Arbeit des 4. PPT war dabei auf zwei unterschiedliche administrative Ebenen ausgerichtet: Bund und Institute. Beide Pole spiegelten sich in den Hauptthemen unseres Treffens (A) „Reformprozess“ und (B) „Was können *Wir* beitragen?“ wider. Auf dem vorausliegenden **5.** PiA-Politik-Treffen, im Frühjahr 2014, wollen wir uns im Folgenden weiterhin für eine Verbesserung der Ausbildungssituation für PiA einsetzen. Unser konkretes längerfristiges Ziel bleibt dabei das Hindurchfallen der PiA „zwischen den Stühlen“ zu beenden.

Teilnehmer/innen (vollständige Liste bei den VeranstalterInnen)

Am 4. PPT nahmen rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil. Davon 2 PiA-SprecherInnen der Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo), 5 PiA-für-gerechte-Bedingungen!, 14 (PiA)-SprecherInnen und VertreterInnen von Instituten, landes- und bundesweiten Verbänden sowie 11 PiA-LandessprecherInnen der LPtKs und 1 Bundesvertreterin von ver.di. Weitere Engagierte und interessierte PiA aus Berlin und dem ganzen Bundesgebiet kamen hinzu. Es beteiligten sich, wie zuvor, TeilnehmerInnen aller wissenschaftlich anerkannten Verfahren sowie VertreterInnen für PP und KJP.

„Zum Stand des Reformprozesses in der postgradualen psychotherapeutischen Ausbildung“

Begrüßung durch das Organisationsteam. Moderation Britta Pfennig. Ariane Heeper stellt Herrn Dr. Klein-Heßling, wissenschaftlicher Referent der Bundespsychotherapeutenkammer, vor. Ariadne Sartorius führt Herrn Suhr, Leiter des zuständigen Referates für Ausbildungsreformen im Bundesministerium für Gesundheit, ein.

Ausführungen von Herrn Dr. Klein-Heßling für die BPTK

Herr Dr. Klein-Heßling benennt **3 wichtige Probleme** im Reformprozess: 1. Es gebe ein „föderales Chaos“ bezüglich der unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen (Bachelor/Master) zur psychotherapeutischen Ausbildung. 2. Keine! geregelte Finanzierung der Praktischen Tätigkeit. 3. Eine weitestgehend eingeschränkte Durchführbarkeit der Ausbildung in Gesprächspsychotherapie und systemischer Therapie (da keine Richtlinienverfahren). *Zusammengefasst:* der Problemdruck wachse. Dies merke die BPTK auch an Beschwerden, die das BMG und die Landespsychotherapeutenkammern erreiche. Durch die PiA-Aktivitäten der letzten Jahre sei dabei auch eine wichtige Medienresonanz entstanden. Zusätzlich stuft die BPTK die soziale Selektion als sehr problematisch ein. Diese verstärke sich aufgrund der schweren Finanzierbarkeit der Ausbildung zusehends. Seit 2004 habe sich die BPTK dabei für eine Reform stark gemacht. **Aktivitäten:** Der Deutsche Psychotherapeutentag (DPT, www.bptk.de/bptk/dpt.html) verabschiedete eine Resolution mit der Forderung 'PT-Ausbildung auf Masterniveau'. Seit 2004 habe es einen intensiven Schriftwechsel der BPTK mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), der Gesundheitsministerkonferenz (GMK), der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG), der Kultusministerkonferenz (KMK), mit Ministerien und Behörden gegeben. Seit 2008 seien zusätzlich 4 Symposien und 4 Workshops zur Reform der Ausbildung veranstaltet worden. 2010 gab es einen innerhalb der BPTK konsentierten Reformvorschlag zur Novellierung des Psychotherapeutengesetzes. Darin forderte die BPTK eine curriculare Struktur und einen Rechtsanspruch auf Vergütung der Praktischen Tätigkeit (Praktische Ausbildung I). **Berufsbild:** Die BPTK sehe es dabei auch als ihre Aufgabe an, das Berufsbild der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weiterzuentwickeln. Dieses beinhalte faktisch ein größeres Spektrum als die Tätigkeit in der ambulanten Versorgung. Psychotherapeuten seien Experten für psychische Gesundheit und Erkrankungen. Eine solche Erweiterung des Berufsbildes müsse sich im „Kompetenzprofil“ einer zukünftigen psychotherapeutischen Ausbildung (vgl. 22. DPT) sowie in der Berufsrezeption widerspiegeln. **BPTK & PiA:** Die BPTK wünsche sich den Austausch mit den PiA, ihren VertreterInnen und deren Zusammenschluss auf dem PiA-Politik-Treffen. Ein möglichst einheitliches Auftreten auf Bundes- und Länderebene würde den Druck auf die politischen Entscheidungsträger erhöhen.

Ausführungen von Herrn Ralf Suhr für das Bundesgesundheitsministerium (BMG)

Herr Suhr, Referatsleiter im BMG, erläutert den Prozess der Gesetzgebung im Rahmen einer Ausbildungsreform sowie die diesbezügliche Rolle des BMG. Sein zuständiges Referat 316 erstelle im Laufe des Reformprozesses einen Referentenentwurf, an dessen Ausarbeitung alle Betroffenen und

Interessensgruppen beteiligt werden. Dabei würden die Länder, Fach- und Berufsverbände, Sozialversicherungsträger, Krankenhausgesellschaft sowie Ärzte miteinbezogen. Auch die **PiA** sollen, nach Meinung des BMG, durchaus auch bereits vor der Fertigstellung eines Referentenentwurfs, ihre Expertise einbringen. Sie können aus der Innenansicht der Ausbildung wichtige Impulse und Informationen liefern.

Dabei unterstreicht Herr Suhr, dass das Thema einer Reform der Psychotherapieausbildung „definitiv oben“ auf der Agenda des BMG stünde. In den letzten Jahren seien immer wieder Anfragen aller Fraktionen, teils mit Nachdruck, zur Reform der PT-Ausbildung an das BMG gerichtet worden. Eine Reform wolle das BMG dabei nach Möglichkeit in den nächsten 2-3 Jahren auf den Weg bringen. Sollte das Thema in das Koalitionsprogramm der künftigen Regierung eingehen, sei dies die beste Voraussetzung für eine baldige Reform. Eine nachgelagerte, jedoch trotzdem zielführende Vorgehensweise wäre es, wenn das Thema von Seiten des BMG eingebracht würde. „Das Thema wird auf der Tagesordnung stehen“ und sei „recht hoch angesetzt“, versichert Herr Suhr. Es habe diesbezüglich auch zu viel Vorarbeit gegeben. Ein Fallenlassen des Prozesses wäre somit von Seiten des BMG nicht effektiv und vorstellbar. An dieser Stelle bekräftigte Herr Suhr auch, dass es von Seiten des BMG bisher keine Entscheidung pro oder contra einer Direktausbildung gebe. Der Reformprozess sei insgesamt eine Gratwanderung. Die vielen Ansprechpartner müssten gehört und integriert werden. Modellstudiengänge würden sich dabei jedoch als wenig zielführend erweisen, da deren Aufbau bereits einen sehr differenzierten Sachstand erforderte. Diesen wolle Herr Suhr lieber direkter in eine flächendeckende Reform einfließen lassen. Insgesamt sei es dabei wichtig, die Landesministerien für Gesundheit und Soziales sowie die Kultusministerien der Länder zu adressieren. Wesentliche Regelungsaufgaben fielen in deren Hoheitsbereich. Eine Reform werde dabei auch nicht kostenneutral zu haben sein. Dies erfordere eine erhöhte Anstrengung aller Beteiligten.

Podiums- und Teilnehmerdiskussion

In der anschließenden Podiums- und Teilnehmerdiskussion waren neben Herrn Suhr und Herrn Klein-Heßling, Frau Sartorius, Frau Sude sowie Frau Simons als Vertreterinnen der PiA-Politik auf dem Podium anwesend. Fragen an die beiden Referenten:

1) Wie lassen sich Qualitätsstandards in Aus- & Weiterbildung festlegen und sichern? Dabei die Implementierung von Transparenz und Qualitätskriterien in den Instituten voranbringen und Missstände verbessern?

Herr Suhr: Grundsätzlich sollte jeder Beruf zunächst von Bundesseite ein Gegenstands- und Tätigkeitsangemessenes Gesetz erhalten. Bspw. gebe es bei Zahnärzten und Humanmedizinerinnen auch unterschiedliche Regularien. Hierbei könne bei einer Reform auch ein Kompetenzprofil oder Lernzielkatalog behilflich sein. Bezüglich der Institute könne eine gesetzliche Vorgabe zur Ausstattung der Ausbildungsstätten sowie zur Qualifikation des Personals gemacht werden. Der Umgang mit Gebühren sowie die Rechtsform (GmbH vs. Verein) sei jedoch von Seite des Gesetzgebers nicht festlegbar. Für die Kontrolle der Qualität der Institute seien dabei die Länder zuständig bzw. deren „Vollzugsbehörden“.

Herr Klein-Heßling: Die Qualitätssicherung der Ausbildungsfälle falle zwar nicht direkt in den Aufgabenbereich der BPTK und LPtKs. Man könnte jedoch indirekt aktiv werden und beispielsweise anregen, dass mehr Institute Eckdaten ihrer Ausbildung, wie ihre Gebühren- und Kostenstruktur, transparent machen. Hier sei jedoch vor allem die Initiative der PiA gefordert, ebenso wie bei der Durchsetzung weiterer Maßnahmen der Qualitätssicherung, bspw. im Bezug auf die Evaluation der Ausbildungsinstitute sowie die bessere Einbindung der Praktischen Tätigkeit in die

Ausbildungsstruktur. Da die Aufsicht über die Ausbildung bei den Landesbehörden liege, seien bundeseinheitliche bzw. zentrale Maßnahmen, wie z. B. eine Ombudsstelle für die Meldung von Missständen auf Bundesebene allerdings problematisch.

Aus dem Kreis der TeilnehmerInnen kam daraufhin die deutliche Kritik, dass die PiA zwischen allen Stühlen hindurch fielen. Es könne nicht sein, dass so wesentliche Regulierungsaufgaben auf die Seite der „Auszubildenden“ geschoben werden. Diese Verschiebung von Zuständigkeiten sei ein Teil des gegenwärtigen Missstandes. Die Kritik wurde von beiden Referenten angenommen und bestätigt. Daran müsse sich mit einer Reform der Ausbildung etwas ändern.

2 a) Finanzierung und Umfang der ambulanten Fälle während der Praktischen Ausbildung: Um eine tariflich angemessene Vergütung zu erreichen, müsste ein Ausbildungsteilnehmer bis zu 25 Patientenstunden pro Woche anbieten, laut eines kürzlich veröffentlichten Papiers. Dies sei u. U. zu viel. Woher könne die Vergütung zusätzlich kommen?

Herr Klein-Heßling: Hier könnte sich eine reformierte Ausbildung z. B. stärker an der ärztlichen Weiterbildung orientieren. Ärzte würden als Assistenzärzte bzw. Weiterbildungsassistenten während ihrer Weiterbildung(en) angemessen vergütet. Eine weitere Möglichkeit könne sein, dass Institutsambulanzen spezifische Versorgungsprobleme adressierten und auf dieser Grundlage mit den Kostenträgern verhandelten, um eine zusätzliche Vergütung zu erreichen.

2 b) Herr Suhr im Rahmen der Diskussion mit den Teilnehmern bezüglich einer möglichen Zunahme der ambulanten Patientenbehandlungsstunden: Auch die Frage des Umfangs der rechtlich geforderten ambulanten Behandlungsstunden in der Praktischen Ausbildung wird im Rahmen der Novellierung der Psychotherapeutenausbildung zu klären sein und muss sich auch an den praktischen Möglichkeiten orientieren.

3) Wie könne eine Refinanzierung der Praktischen Tätigkeit, die 50 Mio. Euro pro Jahr kosten würde, aussehen? Anmerkung der PiA-Vertreter: Dieser Betrag sei aufgrund der Überschüsse im Gesundheitswesen nicht außerordentlich hoch.

Herr Suhr: Bei einem Referentenentwurf müsse das BMG auch die Mehrkosten einer Gesetzesreform auflisten. Dabei sei klar, dass „Qualität koste“. Zugleich habe das BMG auch die Schwierigkeit, dass es bei der Ermittlung der Mehrkosten auf die Unterstützung der, an der Ausbildung beteiligten Stellen angewiesen ist. Zum Teil seien z. B. die, von Instituten oder anderen betroffenen Stellen erhaltenen Zahlen für das BMG nur schwer zu verifizieren. Dies sei mitunter eine Herausforderung. Darüber hinaus müsse eine Reform jedoch auch „großzügig“ gedacht werden. Eine wichtige Rolle bei der Novellierung der Ausbildung, als weitere Antwort auf eine Nachfrage, werden auch Übergangsregelungen für die, zum Zeitpunkt des Beginns einer neuen Ausbildung noch laufenden Ausbildungen sein. Dies beinhalte entsprechende Regelungen z.B. für die Ausbildungsinstitute, die Lehrkräfte und auch für die PiA. Auch bei der Ausgestaltung dieser Regelungen wird das BMG auf die Unterstützung der Länder und der, an der aktuellen Ausbildung Beteiligten angewiesen sein.

4) Wie viele Jahre schätzen Sie, wird eine Reform auf sich warten lassen?

Herr Suhr: Ziel sei es, die Reform innerhalb der vorausliegenden Legislaturperiode umzusetzen, d.h. innerhalb der kommenden 2-3 Jahre. Daran wolle er alles setzen, sofern die neue Regierung die Novellierung jetzt angehen wolle. Später dürfe es nicht werden, da zum Ende einer Legislaturperiode keine Gesetzesänderungen mehr durchgingen. Das Thema sei jedoch „gegriffen“, „es drückt“. Wiederum gäbe es jedoch viele Detailfragen zu klären. Insgesamt handle es sich auch um einen politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozess, an dem alle Verbände zu beteiligen seien. Das BMG handhabe den Kreis der Miteinbezugnahme dabei „relativ großzügig“. Dies sei „eine wichtige Haltung des BMG“. Ziel sei dabei, eine diskussionsoffene und auf Konsens abzielende Reform. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe nehme hierin einen spezifischen Stellenwert ein. Neben den Verbänden

sollten dabei in der vorausgehenden Entwicklung auch PiA und ihre VertreterInnen miteinbezogen werden.

5) Wie kann die Zusammenarbeit zwischen PiA und BMG sowie PiA und der BPTK weiter fundiert werden? Welches konkrete Vorgehen und welche Vereinbarungen könnten getroffen werden?

Herr Suhr: Das BMG werde bezüglich einer Einbindung der PiA in die Bund-Länder-Kommission auf die PiA zukommen und PiA-VertreterInnen einladen. Ansonsten sei er „offen für Anregungen“. Hierbei bräuchte und wünsche sich Herr Suhr „ehrliche und realistische Informationen und Vorschläge“.

Herr Klein-Heßling: Die BPTK setze auf die Bundeskonferenz-PiA. Zudem seien viele Veranstaltungen der BPTK öffentlich. Die PiA seien willkommen.

6) Im Weiteren wurde auch über die Schwierigkeiten eines Zugangs für PädagogInnen zu einer reformierten PT-Ausbildung diskutiert. Es sei wichtig eine Vielfalt der Zugänge zum Beruf des Psychotherapeuten zu erhalten. Offen sei dabei, wie viele Plätze es zukünftig für eine Psychotherapieausbildung gebe. Dabei müsse in Zukunft auch eine ausreichende Versorgung im KJP-Bereich sichergestellt und somit entsprechende Ausbildungskapazitäten miteingeplant werden.

Workshopeinheit II

„Was können *Wir* Konstruktives zum Reformprozess beitragen?“ - 2 Aktuelle Themen -

PiA auf dem Klageweg - Eine Übersicht von Peter Freytag (VPP)

Peter Freytag stellt in einem sehr anregenden Piktogramm die veränderte Ausgangslage für PiA in der Praktischen Tätigkeit, nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm vom Herbst 2012, dar. In dem betreffenden Gerichtsurteil wurden einer PiA nachträglich 1.000€ im Monat für ihre Praktische Tätigkeit (bei einer 4 Tage-Woche) zugesprochen. Bis zu einer endgültigen Urteilsbestätigung durch das Bundesarbeitsgericht, die 2014 erwartet wird, müssten an einer Klage interessierte PiA ihren jeweils individuellen Fall unter Vorlage von Beweismitteln darlegen. Diesbezüglich wird den PiA zunächst empfohlen, ihre betreffende Klinik für einen „Vergleich“ anzuschreiben. Sollte dieser abgelehnt werden, müsste eine individuelle Klageerhebung folgen. Ein „Vergleich“ beinhaltet dabei in der Regel eine Klausel zum „Stillschweigen“. Der mögliche Klagezeitraum betrage 3 Jahre. Bei Feststellung einer „Sittenwidrigkeit“, wie im Urteil von Hamm, falle die zeitliche Begrenzung jedoch weg. Zur Berechnung der gegenüber einer Klinik erhebbaren Forderungen bietet das PiA-Netz-Rheinland eine Übersichtstabelle an (siehe *Anlage*). Diese bietet auch eine Übersicht der, für eine Klage erforderlichen Unterlagen. Nach Erfahrungswerten unterschiedlicher PiA summiert sich eine durchschnittlichen Praktische Tätigkeit auf 1.500€ brutto im Monat. Multipliziert mit 18 Monaten Praktischer Tätigkeit ergibt dies **27.000€**. Ein Betrag, den viele PiA schmerzlich auf ihrem Konto vermissen dürften. Am 10.10. fand diesbezüglich eine Veranstaltung der ver.di-PiA-AG Berlin zum Thema „PiA auf dem Klageweg“ statt. Des Weiteren empfiehlt ver.di einen Arbeitsschutz (10€ im Monat für Mitglieder) abzuschließen, z. B. um Unterstützung bei Vergleichsverhandlungen oder Gerichtsprozessen zu erhalten. Der VPP bietet für alle interessierten PiA eine „Need to know“-Informationsbroschüre an. Beziehbar ist diese unter: www.vpp-pia.de. *Weiterführende Informationen:*

facebook.com/PiaNetzRheinland, www.verdi.de/service/beratung-unterstuetzung (Rechtsschutz), gesundheit-soziales.verdi.de/berufe/psychotherapeut-in (ver.di-Veranstaltungen), www.piapolitik.de (allgemeine Information).

Qualitätskriterien & Transparenz an Instituten - Ricarda Müller (DFT)

Bislang haben die psychotherapeutischen Ausbildungsinstitute in der BRD, wie auch die entsprechenden klinischen Einrichtungen, keine flächendeckenden Qualitätssicherungs-Maßnahmen in der Ausbildung implementiert. Die Verbesserung von Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität ist für alle Maßnahmen des Gesundheitswesens eine gesetzliche Vorgabe und sollte somit auch für unsere Ausbildungseinrichtungen zum Standard werden. Um diese Bestrebungen zu intensivieren, hat das 4. PiA-Politik-Treffen eine gemeinsame **Resolution** zu „Mindestanforderungen an die Ausbildungsinstitute“ vorgestellt, diskutiert und mit großer Mehrheit verabschiedet (siehe Wortlaut in der *Anlage*).

Wir bitten alle PiA, sowie die Verantwortlichen in den Instituten, die verabschiedete Resolution in die entsprechenden Institutsorgane und an die AusbildungsteilnehmerInnen weiterzuleiten, um einen institutsinternen Diskussionsprozess anzustoßen. Das PPT möchte hiermit die Entwicklung eines funktionierenden und flächendeckenden Qualitätsmanagements in den Instituten in der BRD unterstützen und voranbringen. Rückmeldungen werden unter der E-Mail-Adresse info@piapolitik.de entgegengenommen.

Workshopeinheit III

„Jetzt geht’s los!“

Vorstellung der 1. Fassung eines PiA-Flashmob-Films

Am 9. September fand ein bundesweiter Flashmob der PiA in 13 Städten zum bisherigen Stillstand der Ausbildungsreform statt. Eine Pressemitteilung des PPT wurde von vielen Berufs- und Fachverbänden mitgezeichnet (siehe auch unter www.piapolitik.de). Auf dem 4. PPT wurde nun die 1. Fassung eines begleitenden Videoclips gezeigt, der von den TeilnehmerInnen mit Lob und konstruktiven Verbesserungsvorschlägen kommentiert wurde. An dieser Stelle herzlichen Dank an die Regisseurin Johanna Ickert und die ehrenamtlich tätigen AkteurInnen.

Wichtige Hinweise

+Die bestehenden großen **PiA-Seiten** im Internet sollen auf Wunsch des 4. PPT besser wechselseitig miteinander verlinkt werden. Somit soll ein besseres Zirkulieren der Informationen gefördert werden. Hierzu soll nach Möglichkeit eine jeweils gut ersichtliche „graphische Vernetzungsleiste“ auf den entsprechenden Homepages mit den jeweils anderen Seiten verbinden. Folgende Internetauftritte sind vorerst adressiert: www.piapolitik.de, www.piaportal.de, www.bvvp.de/pia-info.html, [6](http://www.vpp-</p></div><div data-bbox=)

pia.de, www.pia-im-streik.de, <https://de-de.facebook.com/pia.im.streik>. Weitere sollen hinzukommen.

+Erneuter Hinweis auf zwei bestehende **Bewertungsseiten von Instituten und Kliniken** im Internet. Auf dieser können PiA ihre Erfahrungen und erhaltenen Vergütungsleistungen dokumentieren: www.pt-ausbildungscheck.de & www.pia-check.de.

+Vor dem 4. PPT konnte **Marina Weisband**, ehemalige Geschäftsführerin der Piratenpartei und Psychologiestudentin, für einen Tweet gewonnen werden. Marina Weisband schickte am 23. September 2013 um 09:04 Uhr folgende Nachricht an ihre über 40.000 Follower: „#Psychotherapie: Ich möchte eine Ausbildungsreform für PsychotherapeutInnen und unterstütze das #PiAPolitik-Treffen <http://thndr.it/176cAB7>“.

+Die **Öffentlichkeitsarbeit** des PiA-Politik-Treffens benötigt Eure & Ihre Unterstützung. Information dazu finden sich in der *Anlage*.

Ideensammlung für Aktionen - Ariadne Sartorius

Ariadne Sartorius stellt den aktuellen Stand, der auf dem vorigen 3. PiA-Politik-Treffen gesammelten Aktionsideen vor. Einzelne Aktionen wurden dabei als bereits durchgeführt gekennzeichnet. Neue wurden auf dem 4. PPT ergänzt. Die bestehende **AG-Aktionen** sondiert, bewahrt oder entwickelt die Ideen weiter. Sie bereitet einzelne Aktionen auf Bundes- und Länderebene vor und konzertiert diese mit den TeilnehmerInnen des PiA-Politik-Treffens. Weitere Aktive in der AG sind herzlich willkommen. Ansprechpartnerin ist Ariadne Sartorius (e-mail: ariadne.sartorius@bvvp.de).

Übersicht der Aktionsideen (Auflistung aller eingebrachten Ideen):

Grün (neue Ideen des 4. PiA-Politiktreffens) :

- Ministerien der Länder anschreiben
- Schreiben an Krankenhäuser
- Schreiben an neue Regierungsverantwortliche
- Erinnerungsschreiben an „aktive Politiker“
- DPT Resolution vorbereiten
- PiA E-Mail-Verteiler aufbauen
- verschiedene PiA-Homepages wechselseitig verlinken
- Flashmob wiederholen
- Mit anderen Berufsgruppen im Gesundheitswesen vernetzen
- Berwertungsseite bewerben
- Deutschlandweiter PiA-Verbund

Gelb (bereits durchgeführte Ideen):

- Flashmob
- Internetpräsenz des PPT aufbauen
- Schreiben an Abgeordnete
- Marina Weisband anschreiben
- Kooperation mit ver.di

Rot (Ideen vom 3. PPT):

- Blutspendeaktion
- Beschwerden beim Landesprüfungsamt einreichen
- Marina Weisband anschreiben
- Kooperation mit Instituten
- Formulierung homogener Forderungen
- Kooperation mit ver.di
- Aktionswochen an Instituten
- Infos an KVn
- PatientenvertreterInnen aktivieren

- Brief an nicht/schlecht zahlende Kliniken
- Ambulanzen bestreiken
- Flyer zu PiA-Politik-Treffen an Instituten auslegen
- Konzepte von Finanzierungsmöglichkeiten der Ausbildung veröffentlichen

Abschließend

Beschlüsse des 4. PiA-Politik-Treffens

Die Resolution „Mindestanforderungen an die Ausbildungsinstitute“ wurde mit großer Mehrheit verabschiedet.

Vorausblick & Organisation des 5. PiA-Politik-Treffens

Die PiA-Politik-Treffen finden im 6 monatigen Intervall statt. Das 5. PiA Politiktreffen wird am **24.03.2014** in Berlin in den Räumen der KV Berlin stattfinden (*mehr Info unter: www.piapolitik.de/teilnehmen*). Für die Organisation des nächsten Treffens haben sich folgende TeilnehmerInnen bereit erklärt: Manuel Becker, Anna Eiling, Ariane Heeper, Kathrin Linsler, Norman Marko, Ricarda Müller, Ariadne Sartorius, Robin Siegel, Katharina Simons, Kerstin Sude. Ein erstes Vorbereitungstreffen fand am 17.11.2013 in Hamburg statt.

An dieser Stelle eine herzliche Einladung an alle Interessierten & PiA-VertreterInnen vorab. **Anmeldungen können jetzt schon per E-Mail an info@piapolitik.de** (Kontakt: Katharina Simons) erfolgen.

Anlagen

- 1. Resolution „Mindestanforderungen an die Ausbildungsinstitute“**
- 2. Excell-Übersichtstabelle** zur Arbeitsdokumentation während der Praktischen Tätigkeit
3. Öffentlichkeitsarbeit des PiA-Politik-Treffens – Übersicht und Aufruf an MithelferInnen
4. Liste der Verbände & Organisationen, die das 4. PPT unterstützten
5. Tagungsablauf / Handreichung des zurückliegenden 4. PiA-Politik-Treffens